

Horst Kahrs
 27./28. März 2022
 Datenstand: 21:30
horst.kahrs.fellow@rosalux.org
hkahrs@gmx.net

Die Wahl zum 17. Landtag des Saarland am 27. März 2022

WAHLNACHTBERICHT, ERSTE DEUTUNGEN UND HINTERGRÜNDE ZUM WAHLVERHALTEN

DAS ERGEBNIS IM ÜBERBLICK

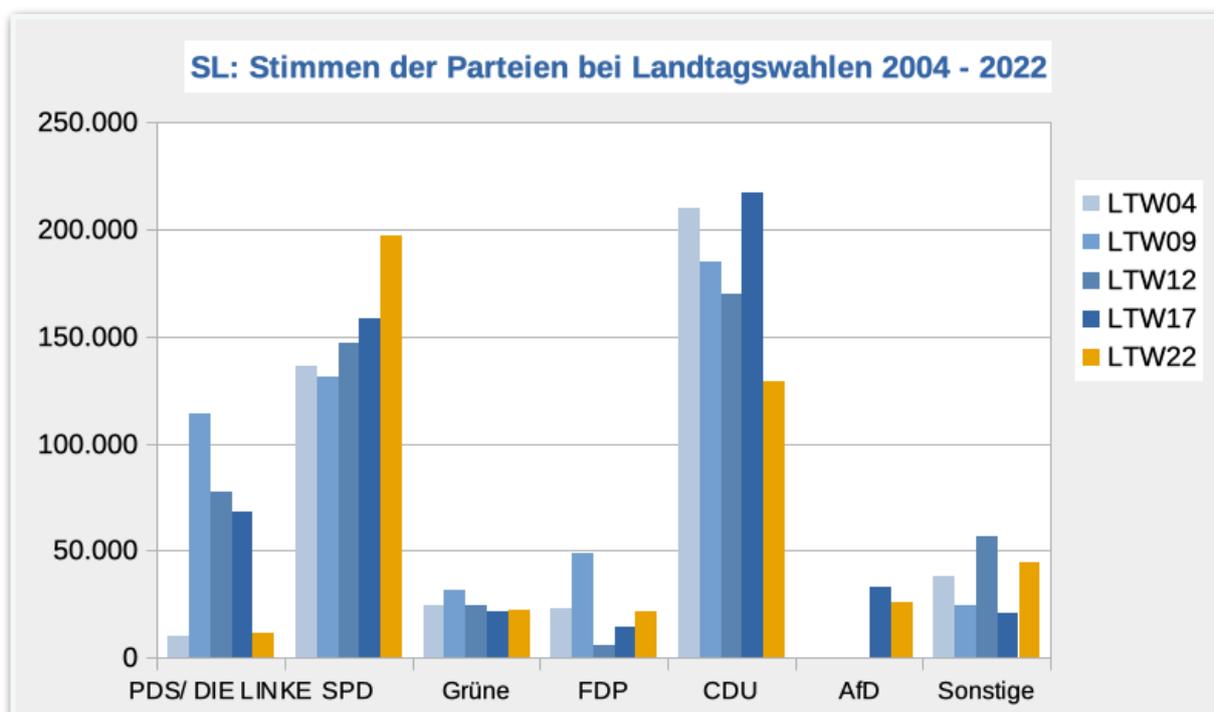
	Verteilung der gültigen Stimmen			Mandate (51)	
	2017	2022	+ / -	2017	2022
PDS/ DIE LINKE	12,8%	2,6%	-10,3 %	7	
SPD	29,6%	43,5%	13,9 %	17	29
Grüne	4,0%	4,99502%	1,0 %		
FDP	2,7%	4,8%	2,1 %		
CDU	40,7%	28,5%	-12,2 %	24	19
AfD	6,2%	5,7%	-0,5 %	3	3
Sonstige	4,0%	9,9%	6,0 %		

u.a. Tierschutzpartei: 2,3%; Freie Wähler: 1,7%; dieBasis: 1,4%; bunt.saar: 1,4%

	Parteistimmen absolut		Veränderung	
	2017	2022		
Gültige Stimmen	533.783	452.411	-81.372	-15,2 %
PDS/ DIE LINKE	68.566	11.689	-56.877	-83,0 %
SPD	158.057	196.799	38.742	24,5 %
Grüne	21.392	22.598	1.206	5,6 %
FDP	14.419	21.618	7.199	49,9 %
CDU	217.263	129.156	-88.107	-40,6 %
AfD	32.971	25.718	-7.253	-22,0 %
Sonstige	21.115	44.833	23.718	112,3 %

INHALTSVERZEICHNIS

Erste Analysen und Deutungen	3
Zum Wahl- und Parteiensystem im Saarland	5
Wahlsystem	5
Entwicklung des Parteiensystems	5
<i>Das Saarland als Referenzrahmen für »Lafontaines Linke«</i>	6
Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien	8
Erkenntnisse aus Vorwahlbefragungen	8
<i>Stimmung für personellen Wechsel</i>	8
Erkenntnisse aus Wahltagsbefragungen	9
<i>Kompetenzen</i>	9
<i>Rolle der Landespolitik</i>	10
Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen - längere Linien	11
Soziodemographische Strukturdaten	13
Einwohner, Wahlberechtigte und Altersstruktur	13
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt	14
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	14
Wirtschaftliche Entwicklung	16



Quelle für einiger Abbildungen und für ausführlicheres Datenmaterial:

Statistisches Amt Saarland: Informationen zur Landtagswahl 2022; https://www.saarland.de/stat/DE/service/publikationen/einzelschriften/Einzelschriften/Publikation_Wahlen2022_LTW_info.pdf?_blob=publicationFile&v=5

Erste Analysen und Deutungen

Die Wahl vom 27. März 2022 führte zu erdrutschartigen Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse im Land. Erstmals seit der Wahl 1994 wurde die SPD wieder stärkste Partei und dies mit deutlichem Vorsprung. Eine Sozialdemokratin wird Ministerpräsident - erstmals seit 2013 erobert die SPD wieder eine Staatskanzlei. Und erstmals seit 2017 - Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen - verliert der Amtsinhaber. Zu diesem Wahlausgang gehört auch, dass die früheren saarländischen politischen Konstellationen mit zwei großen Parteien wieder belebt wurden - auf Kosten der Linkspartei, die als einzige Partei einst mit über 20 Prozent diese Konstellation durchbrechen konnte. Nun wurde sie von den Wählerinnen und Wählern für überflüssig befunden und aus dem Landtag verabschiedet.

Ein **Rekordwert der parlamentarischen Demokratie** in der Bundesrepublik: 22,3% der gültigen Stimmen werden im neuen Landtag des Saarlandes nicht repräsentiert sein! (Auch wenn die Grünen noch die 5,0% schaffen, bleibt es ein historisch hoher Wert.)

Die **Wahlbeteiligung** war mit 61,4% deutlich niedriger als 2017 (69,7%), wofür vor allem eine Demobilisierung von CDU-Wählerinnen und -Wählern verantwortlich zeichnet, lag aber deutlich höher als die bis heute schlechteste Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2004.

Achtung: Die folgenden Angaben zu Mandaten stehen unter dem Vorbehalt des amtlichen Endergebnisses, da nur wenige Stimmen darüber entscheiden, ob die Grünen nicht doch noch in den Landtag einziehen.

Die **SPD** gewann erstmals wieder seit 1994 eine Landtagswahl im Saarland. Wie damals mit Oskar Lafontaine reichte es auch 2022 zur absoluten Mehrheit im Landtag, aktuell allerdings nur, weil mehr als ein Fünftel der abgegebenen Stimmen nicht im Landtag repräsentiert sein wird. Der Wahlsieg der SPD ist vor allem ein Wahlsieg von Anke Rehlinger. Sie war den Wählerinnen und Wählern als Ministerpräsidentin deutlich willkommener als der Amtsinhaber Tobias Hans. Ihr Wahlsieg erhielt, das legen die Umfragen zur »Sonntagsfrage« nahe, durch die Bundestagswahl deutlichen Rückenwind. Umgekehrt verschafft der Regierungswechsel im Saarland der Bundesregierung im Bundesrat etwas mehr politischen Spielraum. Der Wahlsieg fußt aber nicht nur auf den persönlichen Beliebtheitswerten Rehlingers, sondern ebenso auf gestiegenen Kompetenzwerten der SPD in den politischen Feldern, die sie fünf Jahre als Wirtschaftsministerin zu verantworten hatte. Auf anderen Themenfeldern stagnierten die Kompetenzwerte der SPD allerdings. Die klare Absage an eine Zusammenarbeit mit der - zerstrittenen - Linkspartei bzw. die Versicherung, eine »verlässliche« Regierung bilden zu wollen, dürften ebenfalls zum Erfolg beigetragen haben. Die wichtigsten Stimmengewinne kamen von der CDU (32.000 Stimmen) und der Linken (17.000 Stimmen). Laut Forschungsgruppe Wahlen kamen sogar 45.000 Stimmen von der CDU, 25.000 von der Linkspartei, 15.000 von anderen Parteien und 20.000 von vormaligen Nichtwählern.

Die **CDU** verliert zweistellig und erzielt ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland 1957. Hierfür sind die im Vergleich zu seiner Konkurrentin schwachen persönlichen Werte des Amtsinhabers Tobias Hans verantwortlich. Aber die Union befindet sich bereits seit 2017, nach dem grandiosen Wahlsieg von Annegret Kramp-Karrenbauer, in einem Abwärtstrend bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 sowie bei der Europa-Parlamentswahl 2019. Dieser Abwärtstrend konnte auch der neue CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz nicht stoppen. Die Bundespartei versuchte bereits vor den Wahlen, Schaden von Merz abzuwenden. Die Wahlkampfunterstützung hielt sich in Grenzen, bereits zehn Tage vor der Wahl gab der neu Generalsekretär intern die Wahl verloren und am Wahlabend nannte er das Ergebnis eine »Niederlage der Saar-CDU«. Ohne die bundespolitische Bedeutung der Landtagswahl zu überschätzen, so bleibt doch: Rückenwind durch Friedrich Merz blieb aus. Die größten Verluste der CDU gehen an die SPD (-32.000 Stimmen), an die Nichtwähler (-19.000 Stimmen) und an »sonstige Parteien« (-6.000 Stimmen).

Die **AfD** zieht erneut in den Landtag ein, obwohl auch sie unter die zerstrittenen kleinen Parteien des Saarlandes zählt. Sie musste die Wahl ohne Landesliste und nur mit Wahlkreislisten bestreiten und blieb auch deutlich unter ihrem Bundestagswahlergebnis. Gleichwohl wird sie drittstärkste Kraft und einzige erfolgreiche kleine Partei im Parlament.

Die **Grünen**, ebenfalls ein von persönlichen Feindschaften erschütterter Landesverband, scheitern vorerst um wenige Stimmen am Wiedereinzug in den Landtag. Sie müssen auch erhebliche Kompetenzverluste in der Klima- und Energiepolitik hinnehmen. Der Nichteinzug der Grünen wäre indirekt ein kleiner »Erfolg« für die sozialökologische Neugründung »bunt.saar«...

Die **FDP** bleibt auch in der 3. Legislaturperiode nacheinander außerparlamentarisch, wenn auch mit 4,8% deutlich knapper als in den Vorjahren.

Beide kleinere Parteien der Ampel-Koalition verzeichnen Wahlniederlagen - die sie vor allem den relativen Übergewicht der Wählerinnen und Wähler im Alter von über 60 Jahren verdanken. Hätten nur 18- bis 60jährigen gewählt, würden beide Parteien mit 6-7% (FDP) bzw. 8-9% (Grüne) im Landtag vertreten sein, so die Zahlen von Infratest dimap.

Die Linke erlebt einen desaströsen, bitteren Wahlabend, gerät unter die Räder und fällt im Ergebnis auf das Niveau der vormaligen PDS aus dem Jahr 2004 zurück. Sie verliert 83% ihrer Stimmen von 2017; vor allem an die SPD (-17.000 Stimmen), an die Nichtwähler (-17.000 Stimmen), an »sonstige Parteien« (-9.000 Stimmen) (sowie an AfD und Grüne je 4.000 Stimmen). Diese Wählerbewegung zeugen von einem Wählerpotential in Auflösung in unterschiedliche Richtungen. Für die politische Katastrophe sind bundes- wie landespolitische Gründe von Bedeutung. Das Saarland war immer der Referenzrahmen für das politische Projekt einer erfolgreichen Abspaltung wie der WASG von der SPD, das von einem angesehenen und erfolgreichen SPD-Politiker unterstützt (Oskar Lafontaine) wird und sich als »konsequenter« Sozialstaatspartei positioniert. Dieses politische Geschäftsmodell geriet ab 2012 zunehmend in Schwierigkeiten. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen änderten sich, die Zusammensetzung der arbeitenden Klassen ebenfalls, inhaltliche und strategische Anpassungsprozesse unterblieben oder wurden in »Formelkompromissen« zum Stillstand gebracht. In der Folge stand die Partei in dem Moment, in dem sich der Horizont der politischen Möglichkeiten nach dem Wiederwahl-Verzicht von Angela Merkel öffnete, mit leeren Händen da und vermochte kaum noch zu erklären, wozu sie in Zukunft, wo doch die SPD nun wieder als sozialdemokratisch angesehen wurde, gebraucht werden will. Die landespolitischen Gründe sind wiederum eng mit der Person des Gründers verbunden. Lafontaine misslang, aus der anfänglichen Sammlungsbewegung eine wirkliche Landespartei zu formen, die der SPD und CDU auf Dauer ernsthaft Konkurrenz hätte machen können. Stattdessen wurde der Landesverband zum Sinnbild der Selbstzerstörung durch persönliche Animositäten. Mit seinem Parteiaustritt wenige Tage vor der Wahl beerdigte Lafontaine mit dem Referenzprojekt Saarland auch das Projekt einer linkssozialdemokratischen Partei neben der SPD endgültig und ermunterte zumindest indirekt zur Wahl der SPD. Dieser Wink wurde von zahlreichen ehemaligen Linken-/Lafontaine-Wählern verstanden, die zu Anke Rehlinger wechselten. Für die kommenden Landtagswahlen in westdeutschen Bundesländern verheißt die Saarland-Wahl damit für die Linke nichts Gutes. Persönliche Zerstrittenheit und anschließender Vertrauensverlust mag für den Absturz aus dem zweistelligen Bereich in die parlamentarische Bedeutungslosigkeit im Saarland eine Rolle gespielt haben. Doch befindet sich die Saar-Linke nun auf dem gleichen außerparlamentarischen Niveau wie in allen westdeutschen Ländern außer Hessen, Hamburg und Bremen. Konnte der Verweis auf die besonderen saarländischen Verhältnisse zwar außerordentliche Erfolge erklären, so schützt er nicht mehr vor Antworten auf die Frage, welche Konsequenzen aus den letzten Wahlniederlagen nun gezogen werden sollen. Von der Saarland-Wahl geht für die Linke das Zeichen aus, dass Bedeutungsverlust nochmal Fahrt aufnimmt, und das weiteres Abwarten auf günstige Situationen keine erfolgversprechende Option ist.

Zum Wahl- und Parteiensystem im Saarland

Wahlsystem

Das saarländische Wahlsystem sieht eine Verhältniswahl mit geschlossenen Listen vor. Das Wahlgebiet ist in drei Listenwahlkreise eingeteilt:

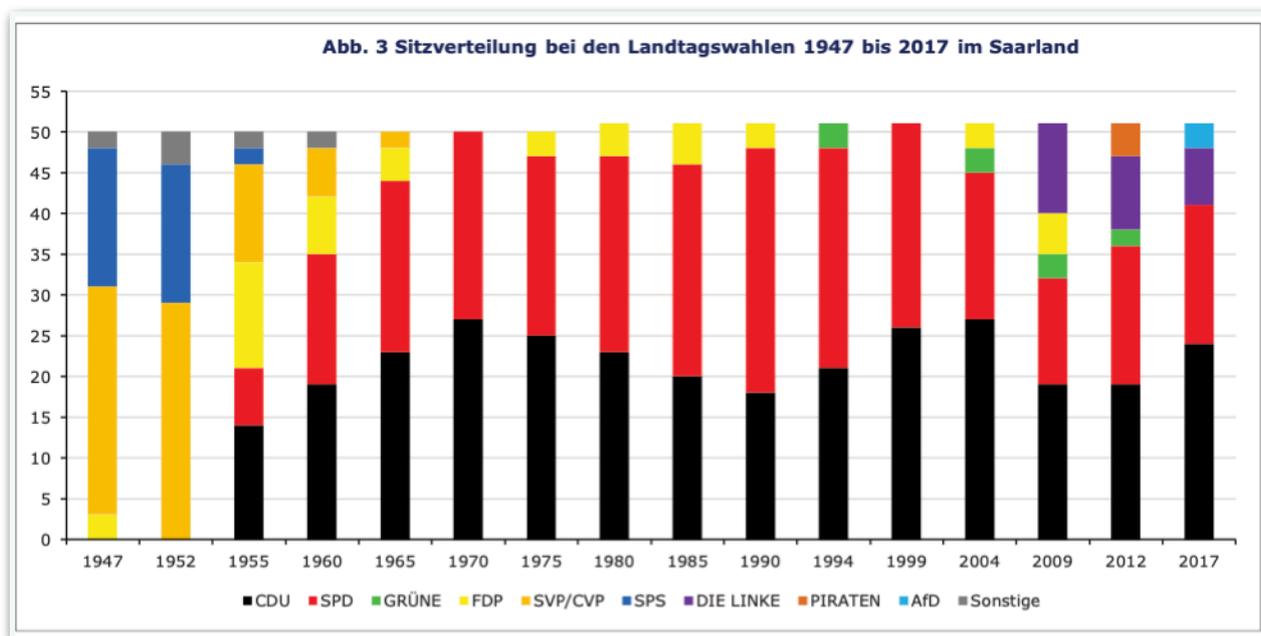
- Saarbrücken (Stadtverband Saarbrücken)
- Saarlouis (Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern)
- Neunkirchen (Landkreise Neunkirchen, St. Wendel und Saar-Pfalz-Kreis).

Die Parteien reichen je eine Wahlkreisliste in jedem der drei Wahlkreise und darüber hinaus eine Landesliste ein, wobei die Einreichung einer Landesliste nicht zwingend ist. Alle Wähler und Wählerinnen haben nur je eine Stimme, mit der gleichzeitig die Landes- und die Wahlkreisliste der jeweils favorisierten Partei gewählt wird.

Der Landtag umfasst 51 Sitze, von denen grundsätzlich 41 Mandate über die Wahlkreislisten und die restlichen 10 Sitze über die Landeslisten vergeben werden. Für die Sitzzuteilung werden alle Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der gültigen Stimmen erhalten haben.¹

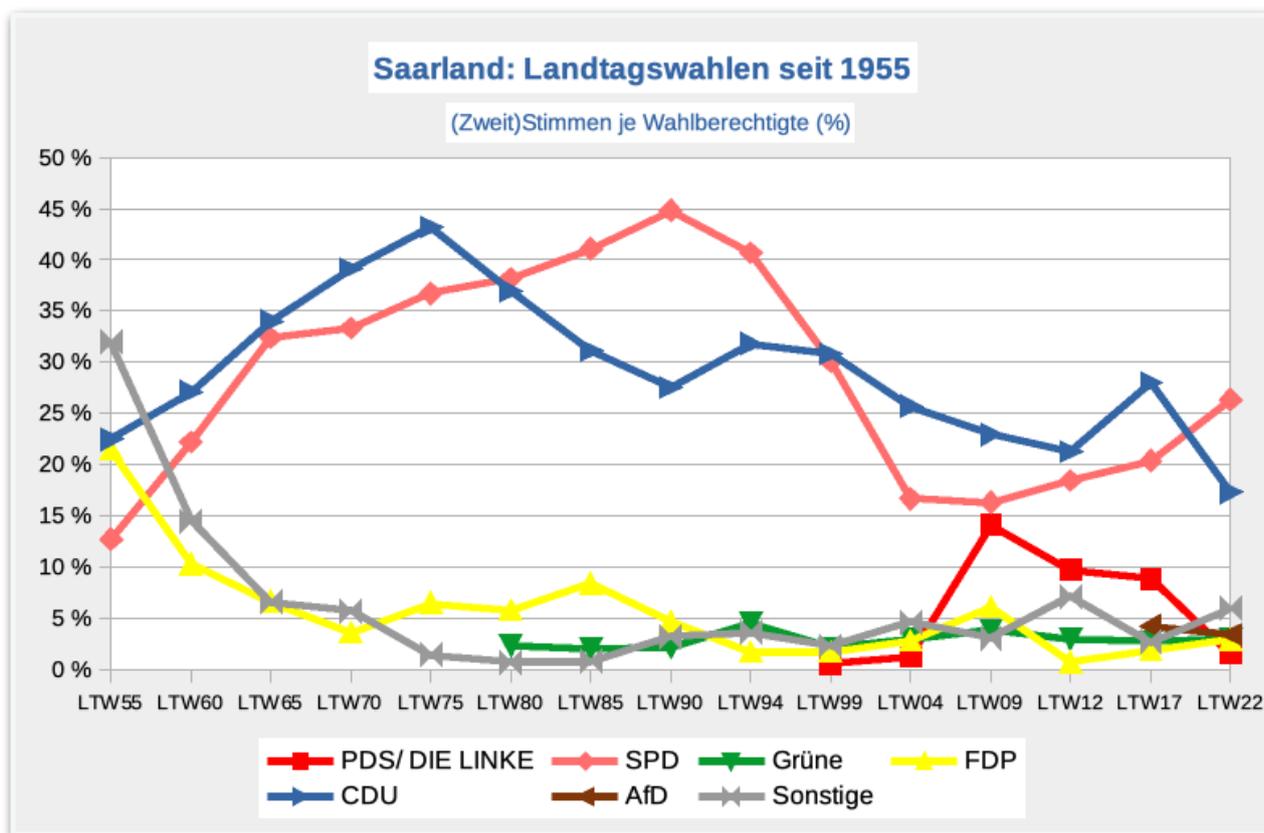
Entwicklung des Parteiensystem

Das Saarland trat nach einer Volksabstimmung 1955 im Jahr 1957 der Bundesrepublik Deutschland bei. Nach und nach setzten sich die in Westdeutschland dominierenden Volksparteien CDU und SPD im Saarland durch. Erstmals war nach der Landtagswahl 1970 keine der saarländischen Parteien aus der Zeit vor dem Beitritt mehr im Parlament vertreten. Bis zur Wahl 2009 blieb die Dominanz von CDU und SPD erhalten, ergänzt um eine kleine Fraktion der FDP und/oder der Grünen. 2009 brach die Lafontaine-



Linke mit 21,3% in das traditionelle sozialdemokratische Potential ein. Da gleichzeitig FDP und Grüne in den Landtag einzogen, erhielt das Saarland erstmals wieder ein Fünf-Parteien-Parlament. Dabei blieb es bis zur aktuellen Wahl, allerdings in wechselnder Zusammensetzung. 2012 waren die Piraten statt der FDP vertreten, 2017 die AfD statt der FDP, der Grünen und der Piraten. Bei diesen Parteien handelt es sich im Saarland zu On-/Off-Parteien: mal überspringen sie die 5%-Hürde, mal nicht. Die Linke schien

¹ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/saarland.html>



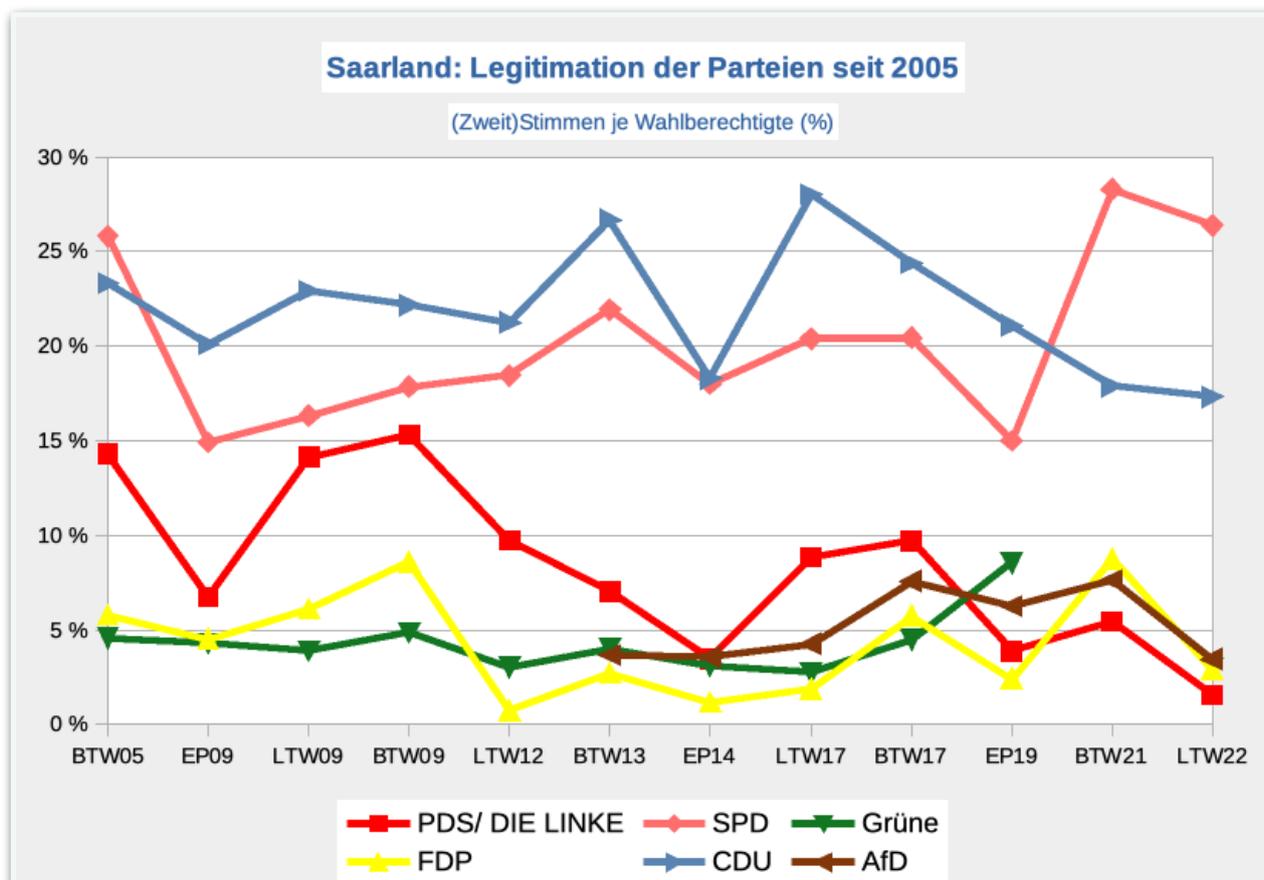
zunächst vor diesem Status gefeit, doch nach den internen Spaltungsprozessen und den Aufrufen von Oskar Lafontaine, die Partei nicht zu wählen, bzw. nach seinem Austritt wenige Tage vor der Landtagswahl erscheint fraglich, ob sich die Partei überhaupt in einen solchen Status retten kann.

Das Saarland als Referenzrahmen für »Lafontaines Linke«

1980 begann eine sozialdemokratische Ära, die von Oskar Lafontaine geprägt und getragen wurde. Nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident löste 1999 Peter Müller (CDU) Reinhard Klimmt (SPD) als Ministerpräsident ab. Seitdem wird das Saarland von Christdemokraten regiert. Auf Müller folgte Annegret Kramp-Karrenbauer, die nach ihrem Wechsel an die CDU-Bundesspitze in der laufenden Legislatur an Tobias Hans übergab.

1999 endete die von Oskar Lafontaine geprägte sozialdemokratische Ära im Saarland. Die Stärke der Sozialdemokratie war stark mit der Person Lafontaine und seiner Verwurzelung im Saarland verbunden. Sein Abschied führte bereits bei der Landtagswahl 1999 zu starken Einbrüchen in der sozialdemokratischen Mobilisierungsfähigkeit. Die Wahlbeteiligung sank von 83,5% in 1994 auf 68,7% in 1999. 2004 betrug sie gar nur noch 55,5%. Bei beiden Wahlen, das zeigt die obige Grafik »Landtagswahlen seit 1995«, ging das fast allein zu Lasten der SPD. Gegenüber 1994 hatte sich die Verankerung der SPD mehr als halbiert. Was sich hier ausdrückt, kann als »negativer Lafontaine-Effekt« beschrieben werden. 2009 macht sich hingegen bei der Linken ein »positiver Lafontaine-Effekt« bemerkbar.

Betrachtet man alle Wahlen seit 2004, so wird die Rolle Lafontaines für die Wahlausgänge (nicht nur) der Linken im Saarland deutlich. Bei der Landtagswahl 2009 stieg sie auf 67,6%, wovon allein Die Linke beachtlich profitierte. Bereits bei der Bundestagswahl 2005, also mit dem Wiedereintritt Lafontaines in die Parteipolitik, erreicht die PDS.Linkspartei mit einem Sechstel der Wahlberechtigten ein Zustimmungsniveau, welches im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern 2009 kaum überboten werden konnte. Nach dem Verzicht auf den Parteivorsitz in der Bundespartei, einem ersten Schritt im erneuten Rückzug, ging die Zustimmung 2012-2017 um ein Drittel zurück, um dann mit der fortgesetzten Entfremdung zwischen Lafontaine und der Bundes- wieder Landespartei nach 2017 nochmals einzubrechen. Bei den Landtagswahlen zeigte sich das zunächst in einem Rückgang der Wahlbeteiligung 2012 auf 61,6%. Der



Wiederanstieg 2017 auf 69,7% verdankte sich dann vor allem der Mobilisierung der CDU unter der im Land beliebten Annegret Kramp-Karrenbauer gegen eine potentielle rot-rote Landesregierung (unter der Führung von Anke Rehlinger). Der große Erfolg der CDU besiegelte in gewisser Hinsicht des Ende des Politikmodells von »Lafontaine Linke« (Tom Stroschneider), für das das Saarland wie kein anderes Bundesland Modell gestanden hatte: die Fortsetzung der 1998 erfolgreichen Wahlstrategie der SPD in der Zusammenführung von »Gerechtigkeit« (Lafontaine) und »Innovation« (Schröder) in zwei getrennten Parteien. Die Bundestagswahl 2021 zeigte eine wiedererstarke SPD. Zuletzt war es nicht einmal mehr möglich, die Mitglieder der Landtagsfraktion zusammenzuführen. Die Fraktion spaltete sich. Die Spaltung konnte der interessierten Öffentlichkeit nicht mehr politisch erklärt werden, vielmehr verbreitete sich die Deutung, dass Mehrheiten gegen Kandidatinnen und Kandidaten, die von Lafontaine unterstützt wurden, nur aufgrund eines kriminellen »Betrugsystems« möglich seien - und umgekehrt, dass eine »Clique um Lafontaine« an der Zerstörung der Partei arbeite.

Die Ironie der Geschichte: Mit dem Abschied von Oskar Lafontaine aus der Politik könnte eine neue Ära sozialdemokratischer Dominanz im Saarland beginnen ...

Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien

Erkenntnisse aus Vorwahlbefragungen

Die politische Stimmungslage im Saarland wechselte im Frühsommer 2021 im Zuge der heranrückenden Bundestagswahl die politische Farbe. Die »Kommunikationsfehler« der grünen Kanzlerkandidatin Annalen Baerbock einerseits und die sichtbar werdende Entfremdung Oskar Lafontaines von der Linkspartei - bis hin zum Aufruf, die Saar-Linke nicht zu wählen - und die Spaltung der Landtagsfraktion ließen die Stimmung für diese beiden Parteien deutlich einbrechen. Es profitierten davon zunächst sowohl die CDU als auch die SPD. Der Ausgang der Bundestagswahl Ende September 2021 brachte dann in der Sonntagsfrage zur Landtagswahl erstmals wieder für die SPD einen deutlichen Vorsprung vor der CDU. Mit

LTW22 SL: Entwicklung der politischen Stimmungslage in der »Sonntagsfrage«								
Institut	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
INSA	19.03.22	31 %	39 %	5 %	5 %	4 %	6 %	10 %
FGW	18.03.22	30 %	39 %	6 %	5 %	4 %	6 %	10 %
Infratest	17.03.22	31 %	37 %	5 %	5 %	4 %	6 %	12 %
Infratest	16.02.22	29 %	38 %	6 %	6 %	5 %	8 %	8 %
INSA	28.01.22	30 %	35 %	8 %	6 %	7 %	7 %	7 %
Infratest	24.11.21	28 %	33 %	8 %	8 %	6 %	9 %	8 %
INSA	21.07.21	36 %	27 %	9 %	7 %	7 %	6 %	8 %
INSA	11.05.21	31 %	21 %	15 %	7 %	14 %	6 %	6 %
Infratest	11.11.20	40 %	22 %	12 %	3 %	11 %	8 %	4 %
INSA	10.12.19	36 %	24 %	15 %	4 %	11 %	7 %	3 %
Infratest	08.05.19	37 %	25 %	11 %	4 %	12 %	8 %	3 %
Infratest	21.06.18	35 %	26 %	6 %	4 %	12 %	15 %	2 %
Landtagswahl 2017		40,7 %	29,6 %	4,0 %	3,3 %	12,8 %	6,2 %	2,6 %

Infratest dimap am 17.03.2022: „bunt.saar“ mit 3% unter Sonstige. Quelle: Wahlrecht.de (23.03.2022)

dem näher rückenden Wahltermin bekam die politische »Stimmung« immer mehr den Charakter einer tatsächlichen Wahlentscheidung bei der Landtagswahl. Bereits im Februar, vor allem dann aber bei den März-Umfragen zeigte sich, dass sich im Saarland das System von zwei großen Parteien wieder stabilisieren würde und alle anderen Parteien vor allem ein Problem haben würden: überhaupt in den Landtag zu kommen.

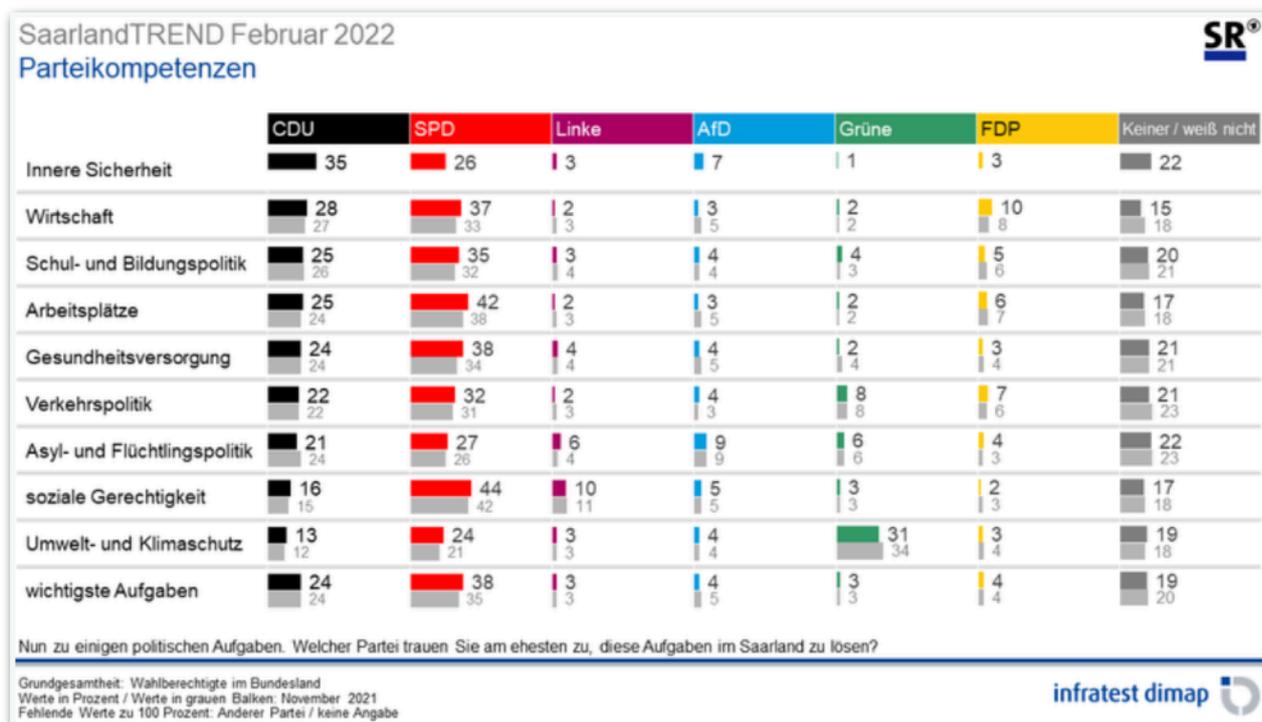
Für Die Linke war diese Entwicklung besonders bitter, aber nach der Spaltung der Landtagsfraktion erwartbar. Es handelte sich bei der »Linke Saar« wirklich nicht mehr um die alte »Lafontaines Linke«, Oskar Lafontaine unterstrich dies mit seinem wahltaktisch wirksamen Austritt aus der Partei zehn Tage vor dem Wahltag.

Stimmung für personellen Wechsel

Der Stimmungsumschwung nach der Bundestagswahl zeigte sich im SaarlandTREND von Infratest dimap vom November insbesondere bei der Antwort auf die Frage, welche Partei die nächste Landesregierung führen sollte: Nur noch 26% (-10%) votierten für die CDU und damit den Amtsinhaber Tobias Hans, aber nun 44% (+4%) für die SPD und die Vizeministerpräsidentin Anke Rehlinger. Aus einer Kopf-an-Kopf-Situation war ein deutlicher Vorsprung geworden. Im Februar, fünf Wochen vor der Wahl, war der Vorsprung der SPD auf 27% zu 49% gewachsen. Bei einer Direktwahl würden 49% (+7%) für Rehlinger und 34% (-5%) für Hans als Ministerpräsidentin votieren. Zehn Tage vor der Landtagswahl zeigten sich diese Verhältnisse stabil. Hierbei handelte es sich vor allem um den Wunsch nach einem personellen Wechsel und weniger nach einem politischen Wechsel. Eine erneute Koalition von CDU und SPD blieb das mit Abstand

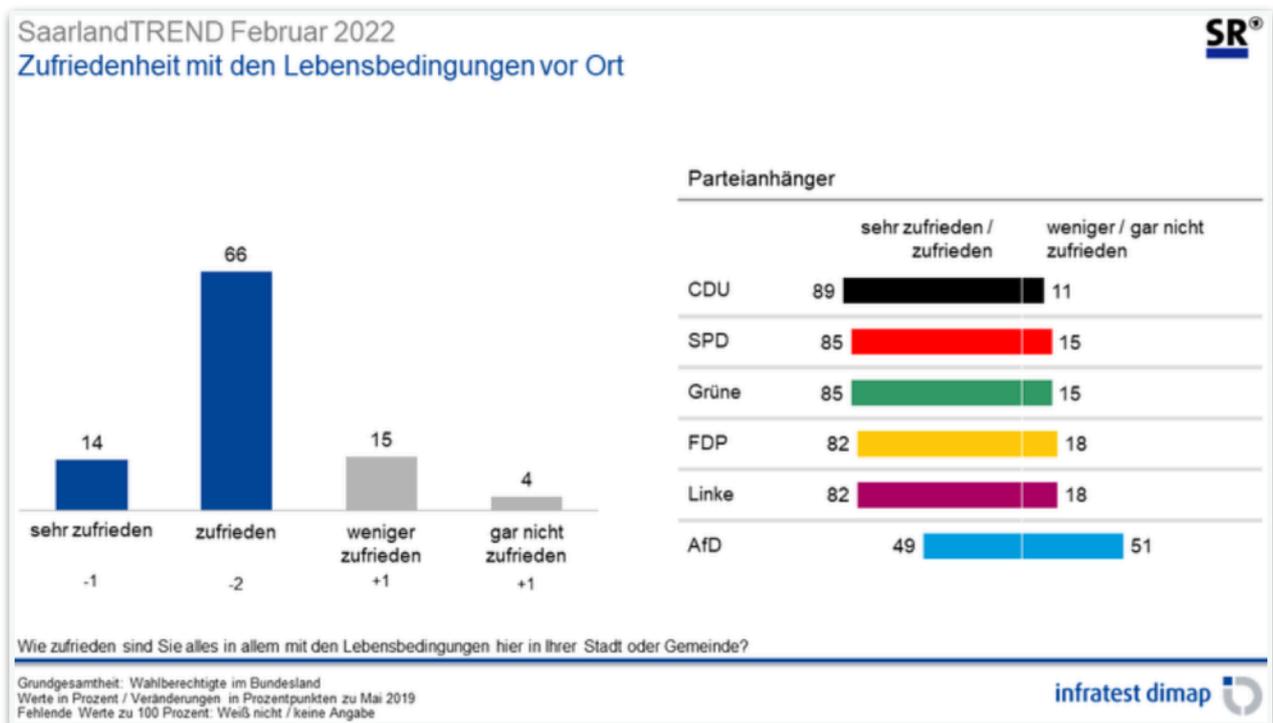
beliebteste Koalitionsmodell, nur nun unter Führung der SPD (48%) statt unter der CDU (37%). Erst dann folgten in den Bewertungen mit »sehr gut/gut« eine rotgrüne Landesregierung (30%) vor einer »Ampel«-Koalition (27%) und einer SPD/FDP-Koalition (25%). In diesem letzten SaarlandTREND vor der Landtagswahl erhielten Grüne, FDP und AfD eine Bewertung von 5% oder mehr, wären also im Landtag vertreten - neben einer Koalition von SPD und CDU ließ diese Umfrage nur noch eine Ampel-Koalition nach Vorbild der Bundesregierung möglich erscheinen, jedoch dieses Modell hatte im März gegenüber Februar bereits acht Prozentpunkte in der positiven Bewertung verloren.

Die SPD hatte es bereits im November 2021 geschafft, sich in der entsprechenden Befragung als Juniorpartner in der Regierung auch in den zugeschriebenen Parteikompetenzen auf fast allen Felder mit Ausnahme »innere Sicherheit« einen deutlichen Vorsprung vor der Union zu erarbeiten.



Für Die Linke bildete bereits im November 2021 die Frage, welcher Partei am ehesten zugetraut würde, die entsprechenden Aufgaben zu lösen, erhebliche Kompetenz-Verluste gegenüber dem Vorjahr ab: »Schul- und Bildungspolitik« von 8% auf 4%, »Arbeitsplätze« von 8% auf 3% und vor allem: »Soziale Gerechtigkeit« von 21% auf 11%. Diese Verluste korrespondierten mit Gewinnen der SPD. Auch die Grünen büßten von 2020 auf 2021 erheblich bei der Kompetenz-Zuschreibung in Sachen »Umwelt- und Klimaschutz« zu Gunsten der SPD ein. Eine Rolle dürfte hierbei auch gespielt haben, dass sich die Wirtschaftsministerin Rehlinger in der Transformation der saarländischen Auto-Industrie und bei der Ansiedlung eines Batteriewerkes profilieren konnte. Aber auch die innerparteilichen Zerwürfnisse bei den Grünen, die dazu führten, dass bei der Bundestagswahl keine grüne Landesliste auf dem Wahlzettel statt und sich mit »bunt.Saar« eine neue Formation bildete, die die »sozial-ökologische Transformation« als zentrales Anliegen nennt, dürften eine Rolle gespielt haben, dass deutlich weniger Befragte der Partei die Lösung der Umwelt- und Klimaschutz-Aufgaben zutrauten.

Für die These, dass der Wunsch nach einem personellen Wechsel nicht mit einem ausgeprägten Wunsch nach einem politischen Wechsel einher ging, sprach auch die große Zufriedenheit aller Parteianhänger mit Ausnahme derjenigen der AfD mit den Lebensbedingungen »vor Ort«. 80% der Befragten waren »(sehr) zufrieden«. Hierbei zeigten sich kaum Unterschiede zwischen den Parteianhänger der demokratischen Parteien. Allein die AfD versammelte mehrheitlich »weniger/gar nicht« Zufriedene. Offen bleibt dabei allerdings, ob die AfD stärker als andere Parteien »Unzufriedene« anzieht oder ab die politischen



Einstellungen und kulturellen Einstellungen, die AfD-Wahl führen, zugleich die Quellen der Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen »vor Ort« sind.

Erkenntnisse aus Wahltagsbefragungen

Anders als in früheren Wahlberichtern wird auf die grafische oder tabellarische Wiedergabe der Wahltagsbefragungen weitgehend verzichtet. Sie sind auf den Seiten von ARD und ZDF leicht zugänglich:

Infratest dimap/ARD: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-03-27-LT-DE-SL/index.shtml>

Forschungsgruppe Wahlen/ZDF: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/wahlanalyse-saarland-landtagswahl-100.html>

Im folgenden sei auf einige Aspekte, die für die Erklärung des Wahlausgangs bedeutsam sein könnte, hingewiesen.

Kompetenzen

Die Wahltagsbefragungen von Infratest dimap bestätigten die Trends der Vorwahlbefragungen zu den Persönlichkeitswerten und den Parteikompetenzen. Nur noch 10% der Befragten billigten der Linken die größte Kompetenz bei ihrem Kernthema, der sozialen Gerechtigkeit, zu. Die CDU erlitt herbe Kompetenzverluste - jeweils gegenüber der Vorwahl - auf den Feldern »Kriminalitätsbekämpfung« (-20%), »Wirtschaft« (-25%), »Bildungspolitik« (-12%) und »Energiepolitik« (-10%). Auch die Grünen verloren bei der »Energiepolitik« Kompetenzwerte (-8%). Dagegen gewann die SPD hinzu (4%) und wurde mit 28% auf diesem Feld am kompetentesten angesehen. Auch im Feld »Wirtschaft« legte die SPD um 9 Punkt auf 40% zu - beides offensichtlich ein Verdienst der Wirtschaftsministerin Rehlinger. Erstmals seit 1999 lag die SPD bei der Frage »Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die Wirtschaft voranzubringen?« Vor der CDU, sogar deutlich. Auffällig bei den Kompetenzwerten der SPD ist, dass sie bei sozialer Gerechtigkeit (-4% auf 45%) und bei der Bildungspolitik (-2% auf 39%) an Kompetenz einbüßte. Der Wahlerfolg der SPD geht nicht mit entsprechend gewachsenen Kompetenzzuschreibungen an die Partei einher, sondern eher mit einer Verschiebung. Das deutet insgesamt darauf hin, dass weniger die Partei als die Person Anke Rehlinger die SPD gezogen hat. Die Kompetenzwerte lagen 2017 bereits deutlich über dem Wahlergebnis, dass womöglich nicht so gut ausfiel, weil seitens der SPD eine Koalition mit der Linkspartei nicht

wie jetzt ausgeschlossen worden war. Unter dem Strich also: Das Saarland wollte einen personellen, keinen politischen Wechsel. Frau Rehlinger gilt in unsicheren Zeiten als die verlässlichere und vertrauenswürdiger Person in der Staatskanzlei.

Anmerkung: Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte für das ZDF teilweise abweichende Kompetenzwerte, so beim Thema »Soziale Gerechtigkeit«: CDU 14%, SPD 55% (!), Linke 7%.

Rolle der Landespolitik?

Immerhin 8% der Befragten gaben an, dass die »Reaktion der deutschen Politik auf den Ukraine-Krieg« die Wahlabsicht verändert habe. Offen bleibt allerdings, in welche Richtung.

Welche Rolle die Bundespolitik insgesamt bei der Wahlentscheidung insgesamt spielte, lässt sich ebenfalls schwerlich abschätzen. Die Aussagen zum Ansehen führender Ampel-Politikerinnen und Politiker und drängenden Themen - Corona-Maßnahmen, Energiepreis-Entlastungen - lassen keine Rückschlüsse zu.

Auf die Frage von Infratest »Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?« Antworten »Krieg in der Ukraine«: 3%; »Bildung und Schule«: 16%; »Energieversorgung und Klima«: 19%, »Arbeitsplätze im Saarland«: 23%. Bis auf den Ukraine-Krieg handelt es sich um Themen, bei denen auch eine Landesregierung eine wichtige Rolle spielt bzw. spielen kann.

Die Forschungsgruppe Wahlen erfragt für das ZDF die »wichtigsten Probleme« im Land, also nicht, welche Themen wahlentscheidend waren. Danach rangierten »Arbeitsplätze« mit 27% vor »Infrastruktur« mit 17%, »Corona« mit 15%, »Klima/Energiewende« mit 14% und »Preise/Kosten/Benzin« mit 13%. In den abgefragten Bereichen »Arbeitsplätze«, »Infrastruktur« und »Wirtschaft« lag die SPD in der Parteikompetenz deutlich vor der CDU - ein Erfolg der Ministerin für Wirtschaft und Arbeit. Nur beim Thema »Corona« lag die CDU mit 31% vor der SPD mit 26% (obwohl laut Infratest eine Mehrheit kritisierte, dass Ministerpräsident Hans zu oft den Kurs gewechselt habe).

Wahlentscheidende Themen für Wähler und Wählerinnen der ...						
	Linke	SPD	Grüne	FDP	CDU	AfD
Umgang mit Corona				18 %	14 %	39 %
Steigende Preise		11 %	8 %	22 %		22 %
Zuwanderung						19 %
Bildung und Schule		20 %	12 %	18 %	17 %	
Energieversorgung und Klima		16 %	63 %	16 %	16 %	
Arbeitsplätze im Saarland		33 %			27 %	

Infratest dimap

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen - längere Linien

Wahlentscheidung erwerbstätige „Arbeiter“ 2004-2022

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	33 %	41 %	3 %	4 %	2 %			17 %
2009	25 %	27 %	34 %	6 %	3 %			5 %
2012	18 %	36 %	27 %	0 %	1 %	11 %		7 %
2017	28 %	36 %	16 %	3 %	2 %		9 %	6 %
2022	19 %	39 %	5 %	2 %	2 %		16 %	17 %

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen für ARD

Wahlentscheidung erwerbstätige „Angestellte“ 2004-2022

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	45 %	31 %	2 %	6 %	8 %			8 %
2009	32 %	27 %	18 %	11 %	7 %			5 %
2012	33 %	30 %	16 %	1 %	6 %	9 %		5 %
2017	36 %	28 %	16 %	3 %	6 %		6 %	5 %
2022	24 %	42 %	4 %	7 %	6 %		5 %	12 %

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen für ARD

Wahlentscheidung „Rentner“ 2004-2022?

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	52 %	31 %	2 %	4 %	4 %			7 %
2009	42 %	22 %	21 %	6 %	5 %			4 %
2012	46 %	31 %	14 %	2 %	3 %	3 %		1 %
2017	45 %	32 %	11 %	3 %	2 %		6 %	1 %
2022	34 %	51 %	1 %	3 %	4 %		3 %	4 %

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen für ARD

Wahlentscheidung „Arbeiter“ (Berufsgruppe) 2004-2012

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	37 %	38 %	3 %	3 %	3 %			16 %
2009	26 %	28 %	31 %	6 %	3 %			6 %
2012	26 %	35 %	23 %	0 %	4 %	8 %		4 %
2017	31 %	35 %	18 %	1 %	2 %	1 %	9 %	4 %
2022	25 %	49 %	2 %	3 %	3 %		9 %	

Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagsbefragungen für ZDF

Wahlentscheidung „Angestellte“ (Berufsgruppe) 2004-2022

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN	AFD	SONSTIGE
2004	47 %	31 %	2 %	5 %	7 %			8 %
2009	32 %	26 %	21 %	10 %	7 %			4 %
2012	33 %	33 %	14 %	1 %	7 %	8 %		4 %
2017	42 %	29 %	13 %	3 %	5 %	1 %	5 %	3 %
2022	27 %	44 %	2 %	6 %	5 %		5 %	

Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagsbefragungen für ZDF

Bildungsstatus. Die SPD wird wieder als Partei der »kleinen Leute« erkannt. Nicht nur bei erwerbstätigen Arbeitern liegt sie mit 39% wieder weit vor allen anderen Parteien, sondern auch bei der Berufsgruppe »Arbeiter«, die auch die verrenteten Arbeiter umfasst. Hier sogar mit 49%, ein Wert, der mit der hohen Zustimmung (53%) unter Wählenden mit »einfacher Bildung« korrespondiert. Aber auch unter Personen mit »hoher Bildung«, die infolge der Kompetenzrevolution der vergangenen 30 Jahre unter Jüngeren verbreiteter ist, liegt sie mit 37% vorn. Unter ihnen erreichen auch FDP und Grüne mit 7% und 9% mehr als 5%. Bei der AfD ist das mit 6% bei Personen mit »einfacher Bildung« der Fall.

Die Befragungsergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen, die nach dem formalen Bildungsabschluss sortieren, bestätigen dieses Bild. Wählende mit Hauptschulabschluss wählen zu 55% die SPD, mit Abschluss mittlere Reife zu 45%; mit 6% und 7% schneidet auch die AfD unter ihnen leicht überdurchschnittlich ab, während die Grünen unter Abiturienten (7%) und Hochschulabsolventen (10%) gute Ergebnisse erzielen (FDP jeweils 6%).

Alter. Ein entscheidender Faktor für die Höhe des Wahlerfolges der SPD ist die Altersstruktur der Wählenden. Sie erhielt von den über 60jährigen 49%, die angesichts der absoluten Zahl dieser Altersgruppe ein zusätzliches Gewicht für das Gesamtergebnis bilden, während umgekehrt die 10%, die die Grünen bei den unter 30jährigen erzielten, in absoluten Stimmen kaum an die 3% bei den über 60jährigen heranreichen.

	Wahlverhalten nach Altersgruppen											
	Linke		SPD		Grüne		FDP		CDU		AfD	
18-24 Jahre	4 %	-9 %	32 %	2 %	11 %	0 %	9 %	5 %	19 %	-10 %	6 %	0 %
25-34 Jahre	4 %	-10 %	34 %	6 %	8,00 %	1 %	7 %	4 %	23 %	-9 %	8 %	0 %
35-44 Jahre	4 %	-9 %	37 %	9 %	6,00 %	1 %	6 %	3 %	25 %	-12 %	9 %	1 %
45-59 Jahre	3 %	-11 %	42 %	12 %	6,00 %	2 %	5 %	2 %	25 %	-14 %	7 %	0 %
60 - 69 Jahre	2 %	-12 %	49 %	18 %	5,00 %	3 %	4 %	1 %	28 %	-15 %	5 %	0 %
70 u.älter	1 %	-8 %	49 %	20 %	2,00 %	1 %	3 %	0 %	38 %	-16 %	3 %	0 %

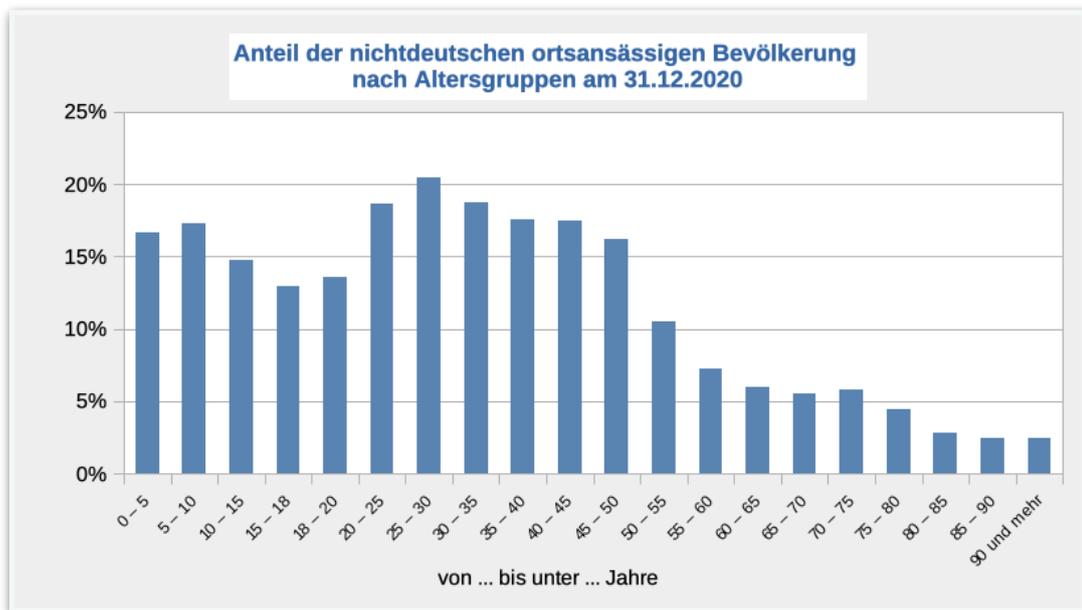
Schließlich die Wählerinnen und Wähler, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als »schlecht« bewerten. Unter ihnen schnitten SPD (35%) und CDU (23%) unterdurchschnittlich ab, die AfD hingegen mit 16%v deutlich und die Linke mit 5% leicht überdurchschnittlich.

Soziodemographische Strukturdaten

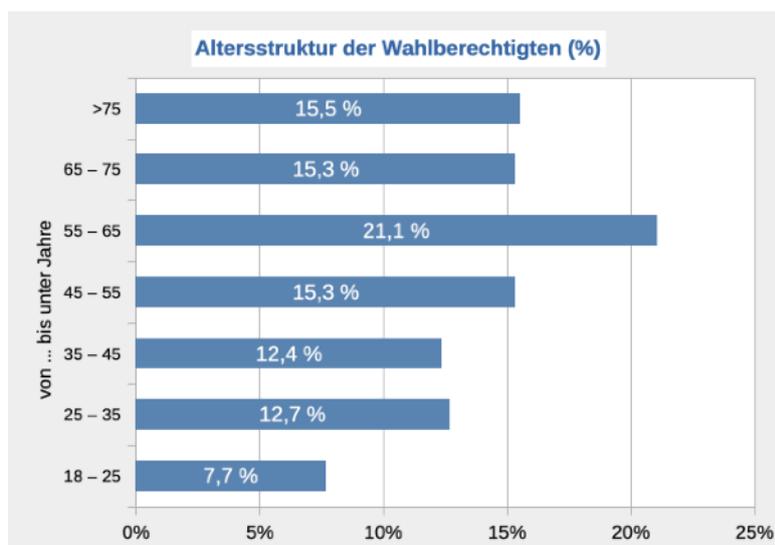
Einwohner, Wahlberechtigte und Altersstruktur

Die offizielle Einwohnerzahl des Saarlandes betrug Ende 2020 knapp 984.000. Seit etwa 20 Jahren ist die Zahl der ortsansässigen Bevölkerung rückläufig. 2011 unterschritt sie erstmals die Millionengrenze, 1970 hatte sie mit 1,121 Mio. einen Höchststand.

Von den rund 984.000 ständigen Einwohnern besaßen Ende 2020 über 116.000 nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, die »Ausländerquote« betrug 11,8%. Unter den 20- bis 50jährigen Einwohnerinnen und Einwohnern besitzt allerdings fast jeder fünfte keinen deutschen Pass - und damit auch keine Berechtigung zur Teilnahme an den Landtagswahlen. Von den rund 744.000 wahlberechtigten Staatsange-



hörigen ist mehr als die Hälfte, nämlich 52% bereits 55 Jahre alt oder älter. Die »Babyboomer«- Generation zwischen 55 und 65 Jahren stellt ein gutes Fünftel der Wahlberechtigten², die über 65jährigen stellen weitere 31%, fast jeder sechste ist 75 Jahre und älter.



Von 100 Wahlberechtigten Personen sind 48 Männer und 52 Frauen, wobei der höhere Frauenanteil in den höheren Altersgruppen vorzufinden ist.

Von - bis Jahre	Männer	Frauen
18 - 25	3,9 %	3,7 %
25 - 35	6,5 %	6,2 %
35 - 45	6,2 %	6,1 %
45 - 55	7,6 %	7,7 %
55 - 65	10,4 %	10,7 %
65 - 75	7,3 %	8,0 %
> 75	6,1 %	9,4 %
Gesamt	48,1 %	51,9 %

² Die im weitesten Sinn zu den »Baby-Boomern« zählenden 20 Geburtsjahrgänge von 1952 bis 1972 stellen ein Drittel aller Wahlberechtigten.

Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Die Arbeitslosenquote im Saarland lag im Februar 2022 bei 6,2%, 1,2%punkte unter dem Wert des Vorjahresmonats. Auch die Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) war mit 8,4% um 1,1 Punkte niedriger als im Vorjahresmonat. Im Saarland ist wie in anderen Bundesländern die Erwerbstätigenzahl in den vergangenen zehn Jahren gestiegen, lag im Pandemie-Jahr 2020 nach den Berechnungen des »Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder« mit 510.000 Personen aber leicht unter dem Stand von 2017 (513.000). Unter die Erwerbstätigen mit Wohnsitz im Saarland waren 2020 knapp 41.000 Selbstständige (8%) und 65.000 (12,7%) »marginal«, also nur stundenweise Beschäftigte. Rund 50.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pendelten zur Arbeit in ein anderes (Bundes-)Land, meist Rheinland-Pfalz oder Frankreich. Gleichzeitig pendelten 66.000 Beschäftigte zur Arbeit ins Saarland. Mit anderen Worten: Im Saarland gingen mehr Menschen einer Erwerbstätigkeit nach als Erwerbstätige im Land ihren Wohnsitz hatten. Erwerbstätigkeit ist ihr weit gefasst, umfasst weit mehr als die sozialversicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigung nach dem Sozialgesetzbuch. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bildet den Kern des Arbeitsmarktes und der Sozialstaatsfinanzierung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2021

Von den rund 597.000 Saarländerinnen und Saarländern im Alter von 18 bis 65 Jahren standen etwa 367.000 (61,5%) in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, 197.000 Männer und 170.000 Frauen. 264.000 arbeiteten Vollzeit, 103.000 Teilzeit (28%). Knapp 38.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (10,4%) besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und waren daher nicht wahlberechtigt. Von den Ausländern im Alter von 18 bis 65 Jahren mit Wohnsitz im Saarland (knapp 71.000) waren 53% (knapp 38.000) sozialversicherungspflichtig beschäftigt.³

Wahlberechtigt im Alter von 18 bis 65 Jahren waren etwa 514.000 Personen mit deutschem Pass, von denen 330.000 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis innerhalb oder außerhalb des Saarland standen.

Die - nicht nur zahlenmäßig - bedeutendsten Berufshauptgruppen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Saarland sind Metall-, Maschinenbau- und Elektroberufe (zusammen 19,2% aller Beschäftigten Ende Juni 2021), die Verkehr- und Logistikberufe (9,5%), die Verkaufsberufe (6,7%), die Büro- und Sekretariatsberufe (6,1%) sowie die medizinischen Gesundheitsberufe (9%).

In der Tabelle »Zusammensetzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in ausgewählten Berufshauptgruppen« sind weitere Merkmale zusammengestellt. Die Auswahl der Berufsgruppen erfolgte im ersten Schritt aufgrund ihrer quantitativen Größe (>5% aller Beschäftigten) und in einem zweiten Schritt nach einer besonderen Merkmalsausprägung (hoher Anteil an beschäftigten Frauen, Ausländern, ...). Vor allem wissenschaftlich bzw. akademisch geprägte Berufsgruppen wurden nicht berücksichtigt, weil sie in keinem Fall mehr als 5% der Beschäftigten umfassten und auch nicht zur Tradition der Arbeiter- und Angestelltenberufe zählen. Die Tabelle erfasst somit nur jeweils gut die Hälfte der Beschäftigten auf einem Anforderungsniveau, auf dem ein akademischer Abschluss regelmäßige Einstiegshürde ist, aber mehr als drei Viertel der Berufe, deren Anforderungen eine berufliche Fachausbildung erfordern (wobei die Anforderungen sehr variieren können) und fast neun von zehn Beschäftigten in Helfer-Berufen. Berücksichtigt werden so fast 74% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, überdurchschnittlich vertreten sind beschäftigte Frauen, Ausländer, Teilzeitarbeitende und »Helfer«. Vor allem jenseits der traditionellen Industrieberufe erhalten die arbeitenden Klassen (auch) im Saarland ein weibliches und migrantisches Gesicht. Letzteres wiederum ist aufgrund des fehlenden Wahlrechts von besonderer Bedeutung. Denn der hohe Ausländeranteil in bestimmten Berufen - zum Beispiel Reinigungsberufe - führt dazu, dass diese Sektoren des wirtschaftlichen Lebens a priori gar nicht angemessen vertreten sein können - eben größere Teile des modernen Dienstleistungsproletariats. In ihrer Bedeutung für das

³ Die Zahl der im Saarland beschäftigten Ausländer (Arbeitsortprinzip) war mit 52.000 deutlich höher, hierunter Pendler aus Rheinland-Pfalz und Frankreich. Das Herkunftsland von 32.000 ausländischen Beschäftigten war ein EU-Staat, darunter 11.000 aus Frankreich und 12.500 aus den osteuropäischen EU-Staaten

Funktionieren der gesellschaftliche Arbeitsteilung bleiben bestimmte Sektoren mithin doppelt unsichtbar.

Zusammensetzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in ausgewählten Berufshauptgruppen										
Berufshauptgruppe (2 Stellen) Berufsgruppe (3 Stellen)	Insgesamt		Frauen		Ausländer		Teilzeit		Anforderungsniveau (Anteile)	
	absolut	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	Helfer	Fachkraft	Spezialist	Experte
Insgesamt	388.172	100 %	46,2 %	13,1 %	27,8 %	18,0 %	60,7 %	10,4 %	10,5 %	
24 Metallherzeugung,-bearbeitung, Metallbau	24.480	6,3 %	5,6 %	17,7 %	4,0 %	34,3 %	62,0 %	3,3 %	0,4 %	
25 Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	28.047	7,2 %	11,0 %	14,9 %	4,7 %	9,2 %	80,0 %	6,3 %	4,4 %	
26 Mechatronik-, Energie- u. Elektroberufe	11.833	3,0 %	8,5 %	12,1 %	5,8 %	11,1 %	66,4 %	17,6 %	4,9 %	
27 Techn.Entwickl.Konstr.Produktionsteuer.	10.532	2,7 %	18,7 %	8,5 %	7,8 %	0,0 %	37,6 %	34,6 %	27,8 %	
29 Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	10.262	2,6 %	43,3 %	33,2 %	30,8 %	49,8 %	45,7 %	3,2 %	1,2 %	
32 Hoch- und Tiefbauberufe	7.629	2,0 %	1,3 %	27,3 %	8,1 %	39,6 %	51,4 %	6,6 %	2,4 %	
51 Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführ.)	24.043	6,2 %	28,0 %	23,2 %	19,9 %	52,1 %	42,9 %	2,4 %	2,5 %	
513 Lagerwirt., Post,Zustellung, Güterumschlag	20.705	5,3 %	28,2 %	25,6 %	21,6 %	60,5 %	38,3 %	0,5 %	0,7 %	
52 Führer von Fahrzeug- u. Transportgeräten	12.770	3,3 %	5,9 %	21,4 %	12,1 %	10,0 %	89,8 %			
521 Fahrzeugführung im Straßenverkehr	9.700	2,5 %	7,1 %	21,7 %	15,0 %	100,0 %				
54 Reinigungsberufe	11.528	3,0 %	79,9 %	33,5 %	77,1 %	82,1 %	16,8 %	1,1 %		
62 Verkaufsberufe	26.048	6,7 %	74,6 %	9,2 %	55,5 %	5,2 %	89,4 %	1,5 %	4,0 %	
621 Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	15.571	4,0 %	74,7 %	9,7 %	60,5 %	6,9 %	84,0 %			
63 Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	6.839	1,8 %	70,8 %	30,9 %	48,2 %	29,0 %	55,9 %	10,1 %	5,0 %	
633 Gastronomie	4.449	1,1 %	66,9 %	30,1 %	60,4 %	36,3 %	58,4 %	1,4 %	3,8 %	
71 Berufe Unternehmensführung,-organisation	42.174	10,9 %	66,5 %	4,9 %	33,0 %	6,8 %	69,1 %	10,0 %	14,1 %	
713 Unternehmensorganisation und -strategie	14.427	3,7 %	52,2 %	5,3 %	20,3 %	62,0 %	20,0 %	18,0 %		
714 Büro und Sekretariat	23.508	6,1 %	79,1 %	4,8 %	43,2 %	12,2 %	82,7 %	4,8 %	0,4 %	
81 Medizinische Gesundheitsberufe	35.051	9,0 %	80,2 %	7,9 %	39,8 %	6,2 %	65,5 %	12,2 %	16,1 %	
82 Nichtmed.Gesundheit,Körperpf.,Medizint.	11.779	3,0 %	80,3 %	12,2 %	38,6 %	32,6 %	60,1 %	5,8 %	1,5 %	
821 Altenpflege	7.814	2,0 %	83,2 %	12,1 %	38,3 %	48,1 %	50,5 %	0,3 %	1,0 %	
83 Erziehung,soz.,hauswirt.Berufe,Theologie	24.032	6,2 %	86,4 %	8,4 %	56,6 %	22,7 %	57,6 %	4,4 %	15,4 %	
831 Erziehung,Sozialarb.,Heilerziehungsplf.	19.110	4,9 %	84,4 %	5,5 %	50,6 %	16,0 %	60,3 %	4,5 %	19,2 %	
Anteil der berücksichtigten Beschäftigten	287.047	73,9 %	77,7 %	81,3 %	80,1 %	87,60 %	77,25 %	52,69 %	55,66 %	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Berufe, bo-heft-10-0-202106-xlsx.xlsx; Arbeitsortprinzip

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Transformationen ist von Interesse, ob der eigene Beruf in den zurückliegenden Jahren schrumpfte oder wuchs. Der Anteil der klassischen Industriebetriebe (Ziffern 24-27 der Tabelle) sank von 21,9% in 2013 auf besagte 19,3% in 2021, die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um 7,4%, allein in den Metallberufen um 18,7%. Die Zahl der Beschäftigten in den MINT-Berufen stieg um rund 20%, ebenso diejenige in den Verkehrs- und Logistikberufen. Starke Zuwächse hatten auch die medizinischen (+17,8%) und nichtmedizinischen (29,4%) Gesundheitsberufe sowie die Erziehungs- und Sozialberufe (+38,3%).

Wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland ist durch einen anhaltenden strukturellen Transformationsprozess bestimmt. Mit dem Ende des Kohlebergbaus und der Stahlindustrie verschwand das industrielle Rückgrat früheren Wohlstandes, mit der Transformation der Autoindustrie steht der verbliebene industrielle Kern weiter unter Druck. Im Vergleich mit den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) fiel das Saarland bei den üblicher Weise in Anschlag gebrachten Indikatoren im letzten Jahrzehnt erneut zurück. Hatte das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Saarland 1991 noch bei 95,4% des Durchschnitts der alten Länder gelegen, so im Jahr 2000 nur noch bei 88,4%, 2010 bei 89%. In der zurückliegenden Dekade sank es dann nochmals auf 84,2% im Jahr 2020. Gleiches gilt für das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, welches von 90,4% des westdeutschen Durchschnitts in 2010 auf 86,1% in 2020 sank.

Die zurückbleibende Wirtschaftsleistung spiegelte sich auch in den Arbeitnehmerentgelten und den Bruttolöhnen und -gehältern, bei denen ebenfalls der Abstand zum westdeutschen Durchschnitt wuchs - bei den Arbeitnehmerentgelten etwa von 97,7% in 1991 über 94,8% in 2000 und 92,7% in 2010 auf 89,2% in 2020.

Diese statistischen Daten. Abgebildete Entwicklung findet sich im Alltagsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger durchaus wieder: Eine Mehrheit von 53% sieht die wirtschaftliche Lage im Saarland. Im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechter (FGW), eine Mehrheit von 54% zu 38% findet auch, dass das Land auf die Zukunft eher schlecht vorbereitet sein, 2017 war es genau umgekehrt (FGW).